Hans-Dieter Sill, Güstrow 31.10.2026

Sprechen über den Westen im Vergleich mit dem Osten

Am 09.10.2026 veröffentlichte der *mdr* auf seiner Internetseite Ergebnisse einer Befragung mit 24.000 Teilnehmern zur deutschen Einheit (https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/deutsche-einheit-ost-west-unterschiede-unzufriedenheit,mdrfragt-ergebnisse-osten-westen-einheit-100.html). Einige Ergebnisse seien genannt:

- 57 % sind weniger / gar nicht zufrieden mit dem Stand der Wiedervereinigung.
- 50 % der Befragten finden sogar, das sich beide Teile Deutschlands voneinander entfernten.
- Als große Hindernisse für die Einheit sehen von den Befragten
    - 80 % Unterschiede bei Löhnen/Arbeitsplätzen,
    - 70 % fehlende Anerkennung für Ost-Biografien,
    - 64 % gegenseitige Vorurteile Ost/West ,
    - 52 % verschiedene politische Einstellungen Ost/West.

In diesem Beitrag stelle ich meine Überlegungen zu den Ursachen für diese gravierenden Probleme vor und unterbreitet Vorschläge zu ihrer Überwindung.

Interessante Anregungen habe ich durch die Forschungsergebnisse des Diskurslinguist Kersten Sven Roth erhalten. Er erforscht seit 1990 den Diskurs zwischen Ost und West und kommt zu dem überraschenden Ergebnis, dass sich die Argumentationsmuster seit 1990 nicht geändert haben. „Das gemeinsame dieser Muster ist: *Es gibt kein Sprechen über den Westen*. Nur der Osten ist Gegenstand expliziten öffentlichen Interesses“ (Roth 2026, S. 42–43). Er identifiziert drei allgemeine Argumentationsmuster (Roth 2026, S. 44–54):

- Muster der Abweichung: Wenn über den Osten gesprochen wird, geht es in der Regel um die Abweichung vom Normalen, wobei unter Normalem der Westen verstanden wird.
- Muster der Schwäche: Jede Abweichung wird als Schwäche gesehen. In den Ausdruck „ostdeutsch“ ist die Schwäche semantisch tief eingeschrieben.
- Muster der Belastung: Indem die Abweichung eine Schwäche ist, wird das Ostdeutsche zwangsläufig zu einer Belastung.

Für Roth ist der Hauptansatzpunkt für die Veränderung dieser Diskursmuster das *Sprechen über den Westen*, damit auch „ostdeutsche Diskurspositionen auf Augenhöhe kommen“ können. Dies hat mich zum Thema meines Beitrages *Sprechen über den Westen* angeregt. Nach Roth würden dazu „Diskurseliten“ benötigt, die in Deutschland die öffentliche Meinung bestimmen können. Diese Eliten sieht er nur im Westen. Da diese Eliten Teil des aktuellen Diskurses sind, besteht demnach wenig Aussicht auf Veränderung. Ich sehe das anders.

Es bleibt bei Roth außerdem offen, was es heißt, über den Westen zu sprechen. Aus einigen Formulierung in seinem Text ist zu entnehmen, dass er an kritische Äußerungen zur aktuellen Situation in den alten Bundesländern denkt. Die genannten Argumentationsmuster sind 1990 nicht aus dem Nichts entstanden, sondern ein Ergebnis der Entwicklung der Auffassung und Verhaltensweisen der Menschen nach 1945. Um die Ursachen für die seit 1990 bestehenden Unterschiede in öffentlichen Diskursen und politischen Meinungen zu erkennen, müssen deshalb die unterschiedlichen Prägungen der Menschen in beiden deutschen Staaten von 1945 bis 1990 untersucht werden.

Zu Beginn gab es zwischen den Menschen in den Ost- und den Westzonen keine generellen Unterschiede. Sie hatten bisher alle unter den gleichen gesellschaftlichen Bedingungen gelebt und haben die gleichen Prägungen erfahren. Ergebnisse waren, dass die überwiegende Mehrzahl Mitglied einer christlichen Religionsgemeinschaft ist, die nationalsozialistischen Ideen verinnerlicht hatte, kriegsbegeistert war, Hass und Angst in Bezug auf den „Russen“ herausgebildet hatte und Abscheu vor dem „Kommunismus“ oder „Bolschewismus besaß“. Es gab eine über Jahrhunderte gewachsene soziale Schichtung und damit verbundene große Vermögensunterschiede.

Nach 1945 bildeten sich in beiden Gebieten und den entstandenen beiden Staaten schrittweise neue Bedingungen heraus. Diese gesellschaftlichen Bedingungen sind neben den familiären Bedingungen und den individuellen Anlagen ein wesentlicher Faktor der Ausbildung von Kenntnissen, Einstellungen, Überzeugungen, Verhaltensweisen und Charaktereigenschaften der Menschen. Durch die nach 1945 beginnende und seit 1961 fast vollständige Abschottung kam es zu einer separaten Entwicklung in beiden Staaten. Es entwickelten sich bis heute weiter bestehende Unterschiede in zahlreichen Hinsichten. Diese Unterschiede werden im Folgenden in beispielhafter Weise diskutiert. Die verallgemeinernden Aussagen verdecken, dass es in vielen Fällen individuelle Abweichungen von den Prototypen im Ergebnis persönliche Erfahrungen und ausgeprägter individueller Charaktereigenschaften gibt.

Meine historischen Betrachtungen beziehen sich auf die Zeit bis 1990. Es bleibt offen, inwieweit die dargestellten Auffassungen und Verhaltensweisen dieser Art auch bei den heute in den alten oder neuen Bundesländern lebenden Menschen zu finden sind. Es ist zu vermuten, dass durch die neuen Bedingungen gerade bei jüngeren Menschen Veränderungen in Richtung einer Angleichung eingetreten sind. Aufgrund der von Roth ermittelten Tatsache, dass bisher nicht über den Westen gesprochen wird, ist anzunehmen, dass die 1990 vorhandenen Auffassungen bei den gebürtigen Westdeutschen immer noch in annähernd gleicher Weise existieren. Vieles in den folgenden Beispielen deutet darauf hin. In Bezug auf die gebürtigen Ostdeutschen sind durch die neuen Bedingungen bei einigen Veränderungen zu vermuten.

Zur Bezeichnung der Staaten und ihrer Einwohner

Roth schließt sich der Meinung von Ingo Schulze an, der zu Recht auf die Probleme der Bezeichnung „ehemalige DDR“ hingewiesen hat (Schulze 2012, S. 50). Niemand spricht von Ereignissen im „ehemaligen Kaiserreich“ oder dem „ehemaligen Dritten Reich“. Roth ergänzt, dass es „zwei Bundesrepubliken gibt – die ehemalige die man bisweilen die „Bonner Republik“ nennt und der westliche Teil des geteilten Deutschlands war, und die gegenwärtige, die „Berliner Republik“ des geeinten Deutschlands. Im Falle der DDR aber ist die Phrase sinnlos“ (Roth 2026, S. 62).

Ich spreche in diesem Text konsequent von der „ehemaligen“ BRD, wenn die Bundesrepublik bis 1990 gemeint ist, und von der gegenwärtigen BRD für den heutigen, durch Anschluss der DDR erweiterten Staat. Ost- und Westdeutschland bzw. der Osten und der Westen bezeichnen im Unterschied zur geographischen Bedeutung Teile dieses Staates, zu denen jeweils die Gebiete der DDR bzw. der ehemaligen BRD gehören. Durch die zum Teil erheblichen Migrationsbewegungen nach 1990 gibt es Ost- und Westdeutsche, die nicht in dem jeweiligen Gebiet geboren sind.

Unterschiede in religiösen Einstellungen und Verhaltensweisen

Wie Roth bin ich der Ansicht, dass es sich bei den von ihm festgestellten Argumentationsmustern um Denk- und Sprachroutinen handelt, die sich unbewusst durch ständige Wiederholung gleicher Einflüsse herausgebildet haben. Nach dem Philosophen Peter Bieri sind sie“ innerer Fixpunkt,

eine Konstante, ein Träger im Gerüst“ der Gedankenwelt eines Menschen und stellen „für immer eine Weiche“ (Roth 2026, S. 21-22).

Als erstes Beispiel seien die unterschiedlichen Bedingungen für die Herausbildung religiöser Einstellungen betrachtet. Die religiöse Prägung eines Menschen beginnt im Kindesalter und manifestiert sich in tief verwurzelten Vorstellungen und Überzeugungen sowie als äußeres Merkmal in der Religionszugehörigkeit. In der ehemaligen und auch der heutigen BRD ist der Religionsunterricht im Grundgesetz verankert und die Kirchen werden durch staatlich einbehaltene Steuern der Kirchenangehörigen finanziert. In der DDR gab es keinen Religionsunterricht an Schulen und keine steuerfinanzierte Unterstützung der Kirchen. Es gab ein Studium für Evangelische Theologie an 6 Universitäten und für katholische Theologie in Erfurt. Die Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften wurde für einen Teil des akademischen Nachwuchses, insbesondere im pädagogischen Bereich, vom Staat nicht gerne gesehen. Da aber nur 15 % eines Jahrgangs in der DDR ein Studium begannen, betraf dies nur eine Minderheit. Während bei Gründung der DDR etwa 92 % Mitglied einer Kirche waren, sank dieser Anteil nach den Angaben bei Wikipedia auf 40 % im Jahr 1988. Dieser Anteil scheint mir nach meinen Erfahrungen noch zu hoch zu sein. Er beruht womöglich auf den mit der Taufe angelegten Eintragungen in Kirchenbüchern. Die Mehrzahl der DDR-Bürger sah keine Veranlassung, in die Kirche zu gehen, sie lebten in gesicherten sozialen Verhältnissen, es gab planbare berufliche Perspektiven, eine geringe Kriminalitätsrate, keine Arbeitslosigkeit und keine soziale Schicht, die in Armut lebte. Die Einstellungen zur Kirchenzugehörigkeit haben die Zeit bis heute überdauert, nach Google-KI sind in Ostdeutschland nur 20 bis 30 % Mitglied einer Kirche.

Unterschiede in sozialen und kommunikativen Verhaltensweisen

Das einheitlich öffentliche System von Kinder- und Bildungseinrichtungen in der DDR bewirkte langfristig eine Verringerung von sozialen Unterschieden. Es gab ein einheitliches Schulsystem zunächst bis zur 8., später dann bis zur 10. Klasse, in dem alle Kinder eines Jahrgangs bis auf Förderschüler unabhängig von ihrer sozialen Zugehörigkeit und ihren Fähigkeiten gemeinsam unterrichtet wurden. Als Erwachsener konnte es dann passieren, dass der Betriebsleiter und sein Angestellter in einem Neubaublock nebeneinander wohnten. Zur Verringerung der sozialen und Vermögensunterschiede trug bei, dass ein Facharbeiter oder Handwerker oft so viel oder sogar mehr verdiente als eine Lehrkraft oder ein Wissenschaftler. Durch die gesicherten beruflichen Perspektiven, auch an Universitäten und Hochschulen, und die fehlende Angst vor Arbeitslosigkeit waren die Verhältnisse in Arbeits- und Wissenschaftlerkollektiven meist unbelastet und kameradschaftlich. Das gesellschaftliche Bestreben, das Verhalten der Bürger zu regulieren, schränkte das Ausleben der Individualität und die Entwicklung von Selbstbewusstsein ein. Dies betraf weniger den familiären Bereich, in dem insbesondere die Frauen bedingt durch ihre beruflichen Möglichkeiten und Aktivitäten ein größeres Selbstbewusstsein als in der Zeit vor 1945 entwickelten.

In der ehemaligen BRD bestand das traditionelle, nach der 4. Klasse in 3 bis 4 Schularten gegliederte Schulsystem weiter und führte zu einer Differenzierung vor allem in sozialer Hinsicht. Die vorhandenen Unterschiede zwischen Arm und Reich sowie zwischen sozialen Schichten wuchsen weiter an. Durch den notwendigen Kampf um Arbeitsplätze und berufliche Aufstiege und die Entscheidungsmacht von bestimmten Personen zu diesen Fragen bildeten sich Fähigkeiten zum selbstbewussten Auftreten, zur Selbstdarstellung, zum Verschweigen oder Leugnen eigener Fehler und zur Empathie- und Rücksichtslosigkeit gegenüber anderen Mitbürgern aus. Diese Merkmale korrespondieren mit der Einschätzung des bekannten Psychologen Reinhard Haller, der die

Auffassung vertritt, dass Narzissmus heute zu einer allgemeinen Erscheinung geworden ist. Ein wesentliches Merkmal dieser Verhaltensweise ist nach Haller eine sehr leichte Kränkbarkeit (Prof. Dr. Reinhard Haller im Nachtcafe, WDR, 16.10.2026, s. a. (Haller 2024)).

In wissenschaftlichen Gesprächen habe ich erlebt, dass Kolleginnen und Kollegen aus den alten Bundesländern mir gegenüber freundlich, aufgeschlossen und interessiert an meinen Ansichten sind. Kritik wird, wenn überhaupt, nur verhalten geäußert. Ihre Hauptmethode im Umgang mit kritischen Äußerungen ostdeutscher Wissenschaftler, die nicht in westliche Communities eingebunden sind, ist ihre Ignoranz. So werden im Handbuch der Mathematikdidaktik von 2023 weder meine kritischen Bemerkungen zu den Bildungsstandards im Fach Mathematik noch die neuen, in MV erprobten Herangehensweisen zur Entwicklung des Wahrscheinlichkeitsbegriffs ab der Primarstufe erwähnt. Die Mehrzahl der Kollegen ignoriert generell die wissenschaftlichen Arbeiten aus der DDR, obwohl der Mathematikunterricht in der DDR nachweisbar erfolgreicher war als in der ehemaligen BRD. Ein Kollege geht sogar so weit in einer Publikation festzustellen, dass es ein „interessantes Thema wäre, die Entwicklung der Mathematikdidaktik während einer Diktatur zu untersuchen, nicht nur im Dritten Reich, sondern auch in der DDR. Diese Entwicklungen verliefen aber relativ isoliert und mit dem Ende der Diktaturen schwand auch der Einfluss der damals entwickelten didaktischen Ansätze“ (Handbuch Mathematikdidaktik 2015, S. 540). Zum Verschwinden des Einflusses haben viele Kollegen im Westen beigetragen.

Unterschiede in den Einstellungen zur NS-Zeit

Im März 1946 wurde in den westlichen Besatzungszonen das *Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus* in Kraft gesetzt, mit dem eine Entnazifizierung im öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben durchgeführt werden sollte. Im Artikel 1 des Gesetzes heißt es: „Alle Personen, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, sollten von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet werden.“ Im Artikel 2 wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft in der NSDAP „allein nicht entscheidend für den Grad der Verantwortlichkeit“ ist und umgekehrt die „Nichtzugehörigkeit für sich allein nicht entscheidend für den Ausschluss der Verantwortlichkeit“ ist. Diese klaren gesetzlichen Forderungen wurden in den Westzonen und der ehemaligen BRD in keiner Weise erfüllt.

Es beginnt damit, dass zur Umsetzung des Gesetzes „Spruchkammern“ eingerichtet wurden, die als Laiengerichte fungierten. Nur die Vorsitzenden mussten die Befähigung zum Richteramt besitzen. Im Gegensatz zu Strafverfahren musste nicht die Spruchkammer die Schuld beweisen, sondern der Betroffene die Schuldvermutung durch Beweismittel entkräften. Nur 1,4 % der Betroffenen wurden als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft. Für die Hauptschuldigen wurden 9 Kriterien angegeben, die alle Formen der Verbrechen und der Unterstützung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft umfassen. Fast 99 % gelang es mithilfe von sogenannten „Persilscheinen“, die ihnen von mutmaßlichen Opfern oder ihrem sozialen Umfeld ausgestellt wurden, zurück in die Politik, Justiz, Verwaltung, Polizei und an die Universitäten zu gehen. Am 10. April 1951 wurde vom 1. Deutschen Bundestag bei nur zwei Enthaltungen ein Gesetz zum Ende der Entnazifizierungsmaßnahmen beschlossen. Bereits am 31. Januar 1951 wurden durch den alliierten Hochkommissar für Deutschland, John McCloy, dutzende Haftstrafen von Kriegsverbrechern drastisch verkürzt, Todesstrafen in Haftstrafen umgewandelt und 32 Häftlinge sofort in die Freiheit

entlassen. IN den Jahren zuvor hatten prominente Kirchenvertreter Gnade für inhaftierte NS-Täter gefordert. In einer Denkschrift haben 1947 der Pfarrer Martin Niemöller und andere die Kriegsverbrecher-Prozesse von Nürnberg als „menschenverachtende Siegerjustiz“ kritisiert. Nur die Kriegsverbrecher Herbert Kappler und Walter Reder, die in Italien zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden, kamen trotz zahlreicher Gnadengesuche des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, des Bundesaußenministers, der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche u. a. nicht frei. Die Einstellung der führenden bundesdeutschen Politiker und Kirchenvertreter zu den Verbrechen wurde auch von der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung in alten BRD geteilt, wie Weinke nachweist (Weinke 2002, S. 50–58).

Ein Beispiel für das ungehindert fortgesetzte Wirken nationalsozialistischer Lehrer sind die Untersuchungen von Hans-Peter de Lorent zu 180 Biographien Hamburger Lehrer (Lorent 2016, 2017, 2019). Die Nationalsozialisten hatten 1933 650 Lehrer aus dem Schuldienst entlassen, die in der Weimarer Republik eine reformpädagogische, sozialdemokratische oder kommunistische Grundhaltung hatten. Es wurden 650 neue Lehrer eingestellt, die Kadergruppen der Nazis waren und deutsch-national ausgerichtet gewesen sind. Sie wurden dann auch nach kurzer Zeit Schulleiter, kamen in die Schulbehörde. Bis zum Ende des Krieges waren von den Lehrerinnen und Lehrern in Hamburg ca. 80 % Mitglieder der NSDAP. Nach 1945 wurden sie alle entnazifiziert und selbst einst überzeugte Parteimitglieder durften wieder in den Schuldienst, viele in gehobener Stellung.

Die Kontinuität zeigte sich auch in den Erziehungsmethoden. Schon 1938 drillte der Hamburger Turnlehrer Rudolf Fehling seine Schülerinnen und Schüler mit Prügel für den Krieg und unterrichtete auch nach 1945 wieder als Lehrer an einer Hamburger Schule. Noch in den 60er Jahren gab es in seinem Klassenzimmer Prügel, wenn Schüler nicht in seinem Sinne funktionierten. Ein extremes Beispiel ist ebenfalls Käthe Petersen, die im sozialfürsorgerischen Bereich eine führende Stellung während des Nationalsozialismus hatte und nach 1945 nach kurzer Zeit in die gleiche Position sogar eine Etage höher wieder eingesetzt wird. Sie wusste, dass Frauen unter ihrer Vormundschaft in Konzentrationslager und in Tötungsanstalten verlegt wurden. Nach 1945 wurde sie als Mitläuferin eingestuft und zur Oberregierungsrätin befördert (s. a. (Storost 2019)).

In der SBZ und der DDR kam es zu einer massenhaften Entlassung von Mitgliedern der NSDAP aus dem öffentlichen Dienst. Von den etwa 15 000 Beamten und Angestellten der Kommunalverwaltungen in Mecklenburg wurden ca. 40 % entlassen. Es wurde 80 % der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen und 90 % der Richter gekündigt. Die weitere Entnazifizierung wurde als Strafverfahren vor Gerichten durchgeführt. Eine Sonderabteilung der Kriminalpolizei hatte Ermittlungen bis zur Erstellung der Anklageschrift vorzunehmen. Es kam zu einer großen Anzahl von Verfahren. In der Kleinen Strafkammer des Landgerichts Güstrow waren es annähernd 600 Strafprozesse in ca. 2 Jahren. Bereits 1948 wurden alle Personen, die zu Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr oder zu leichteren Strafen verurteilt wurden, von der Verbüßung der Strafe befreit.

Die letztlich nicht erfolgte Entnazifizierung in der ehemaligen BRD, die von der Mehrheit der Bevölkerung zustimmend akzeptiert wurde, hatte Konsequenzen für die personellen Strukturen in der Politik, im Bildungswesen, Militärwesen und in den Hochschulen. Dazu soll weiterhin folgende Beispiele angeführt werden. 1965 waren im 4. Deutschen Bundestag 25 % der Abgeordneten ehemalige Nationalsozialisten. Der von einem britischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen zu zwölf Jahren Haft verurteilte und 1953 vorzeitig aus der Haft entlassene ehemalige Generalfeldmarschall Erich von Manstein wird offizieller Berater der Bundesregierung beim Aufbau der

Bundeswehr. Der Generalstabsoffizier der 1. Gebirgs-Division, Karl Wilhelm Thilo, war an dem Mord an Tausenden Kriegsgefangenen auf der italienischen Insel Kefalonia als einem der schwersten Kriegsverbrechen des II. Weltkrieges beteiligt. In der BRD war er als Generalleutnant der Bundeswehr u. a. stellvertretender Inspekteur des Heeres und Kommandeur der 1. Gebirgs-Division. Die Leiter von sechs Landeskriminalämtern, die nach 1945 die Aufgabe der Aufklärung von NS-Verbrechen hatten, waren ehemalige SS-Führer, die zur Elite des NS-Apparates gehört hatten (nach Ernst Klee (2024)).

Nicht Historiker, sondern der Investigativjournalist und Sachbuchautor Ernst Klee gab 2003 in seinem Buch „Das Personenlexikon zum Dritten Reich“ die Biografien von 4300 durch die NS-Zeit belasteten Personen aus der BRD an. Er belegte die personelle Kontinuität zwischen dem „Dritten Reich“ und dem Nachkriegsdeutschland.

An den Universitäten wurden Wissenschaftler weiterbeschäftigt, die in der NS-Zeit eine aktive Rolle bei der Entwicklung und Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie hatten. Der Historiker Theodor Schieder wirkte im Expertenstab für Volksgruppenfragen des Reichsinnenministeriums an der Vorbereitung des Krieges gegen Polen mit und warnte in einer Denkschrift vor den „Gefahren rassischer Vermischung“. Er plädierte für die „Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten“ sowie für die Beseitigung der polnischen Intelligenz. Er wurde einer der einflussreichsten westdeutschen Historiker (nach Wikipedia). Hans Harmsen war in der NS-Zeit als Leiter der „Fachkonferenz für Eugenik“ an den Beratungen über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses beteiligt. Er galt als einer „der meinungsführenden ‚Rassehygieniker‘ des NS-Staates“, dessen Denkstil Einfluss auf zahlreiche weitere Bevölkerungswissenschaftler in dieser Zeit hatte. Er akzeptierte den rassistisch bedingten Antisemitismus und Antiziganismus. Er konnte 1945 seine wissenschaftlichen Arbeiten als Professor für Allgemeine und soziale Hygiene an der Universität Hamburg fortsetzen und war von 1958 bis 1981 Geschäftsführer der Hans Barlach Gesellschaft in Hamburg (nach Wikipedia).

Diese Personen hatten als Lehrkräfte an den Schulen und Universitäten, als Ausbilder in der Bundeswehr, als Richter in der Justiz oder als Politiker Einfluss auf die Herausbildung von politischen Einstellungen und Überzeugungen zahlreicher Menschen. Dadurch wurden Bestandteile der nationalsozialistischen Ideologie wie die Akzeptanz von Kriegen, die Russophobie und der Antikommunismus weiterhin ausgeprägt.

Bei meinem Besuch in der Dokumentationsstelle „Topographie des Terrors“ in Berlin war ich beeindruckt von den zahlreichen Jugendgruppen aus dem Ausland, die interessiert und ergriffen durch die weiträumige Ausstellungshalle gingen. Auf großformatigen Fotos, instruktiven Texten und mit zahlreichen Originaldokumenten werden Kriegsverbrechen beschrieben sowie die Taten und die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern und ihre Karrieren in der BRD aufgeführt. Der Versuch, auch in der DDR belastete Personen im öffentlichen Leben zu identifizieren, endete kläglich. Es wurden nur sechs Personen aufgeführt, von denen bei vier lediglich die Mitgliedschaft in der NSDAP als Belastung genannt wurde, eine Person war NS-Gaustudentenführer und eine Person war als Schulungsleiter und Redner tätig. Alle angegebenen Belastungen können als Bagatellen angesehen werden im Vergleich mit den Verbrechen der aufgeführten Personen, die in der ehemaligen BRD lebten.

Bezeichnend ist die Reaktion in der ehemaligen BRD auf das 1965 in der DDR erschienene „Braunbuch“. Dort wird nachgewiesen, dass folgende Anzahlen von Personen im öffentlichen

Dienst in Westdeutschland tätig sind, die „zu den Stützen der Hitlerdiktatur, den Wegbereitern und Nutznießern der Judenverfolgung, den Organisatoren und Kommandeuren der Überfälle auf fast alle Länder Europas“ gehören:

- 15 Minister und Staatssekretäre,
- 100 Generale und Admirale der Bundeswehr,
- 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter,
- 245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate,
- 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes“ (Nationalrat der Nationale Front der DDR 1965, S. 7)

Das Buch wurde in der ehemaligen BRD weitgehend als „kommunistisches Propagandawerk“ abgelehnt. Die Bundesregierung bestritt die erhobenen Vorwürfe. Für die Beschuldigten hatte die Veröffentlichung kaum Folgen; vielmehr halfen die Vorwürfe „im antikommunistischen Klima des Kalten Krieges den Beschuldigten eher, als dass sie ihnen schadeten“ (Conze et al. 2010, S. 18). Nach dem Historiker Götz Aly lag die Irrtumsquote bei den Angaben deutlich unter einem Prozent (In: Berliner Zeitung, 24./25. Dezember 1999, S. 8).

Unterschiede in der künstlerischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit

Auch im Bereich von Kultur und Kunst fand in der ehemaligen BRD im Vergleich mit der DDR nur eine geringe Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus statt. In der SBZ entstanden gleich nach dem Krieg zahlreiche Filme zur Bewältigung der NS-Zeit. Dazu zählen: *Die Mörder sind unter uns* (1946), *Ehe im Schatten* (1947) und *Affaire Blum* (1948). In der DDR wurden mehrere sehr emotionale Filme zu dem Thema gedreht, wie z. B. *Professor Mamlock (1961), Nackt unter Wölfen* (1963), *Jakob der Lügner* (1975), *Die Verlobte* (1980) und *Die Schauspielerin* (1988*)*. Viele der Filme erhielten internationale Anerkennung. In den Westzonen und der ehemaligen BRD entstand nur der Film *Die Blechtrommel* (1979).

Unterschiede in Einstellungen zu Krieg und Frieden

Die Ost-West-Unterschiede betreffen nicht nur das Diskursverhalten, sondern auch die Politik der führenden Repräsentanten etablierter Parteien und die Haltung der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger zu den aktuellen Kriegsvorbereitungen. Ein deutliches Zeichen dieser Haltungen ist die Tatsache, dass der SPD-Verteidigungsminister Boris Pristorius seit Anfang 2023 dauerhaft die Rankings der beliebtesten Politiker im Land anführt und Im Gegensatz zu vielen anderen Politikern überdurchschnittlich oft Zustimmung auch von Wählerinnen und Wählern anderer Parteien erhält. Sein erklärtes Ziel ist, dass Deutschland bis 2029 „kriegstüchtig“ wird, um eine wirksame Abschreckung gegen eine mögliche Bedrohung aus Russland zu leisten. Dafür hält er eine massive Aufrüstung für erforderlich. Bei der Zustimmung zu diesen Plänen gibt es deutliche Ost-West-Unterschiede. Eine Ursache für die Bewahrung bellizistischer Einstellungen der Westdeutschen nach 1945 können die kriegsverherrlichenden Heftromane *Der Landser* sein. Sie enthielten pseudodokumentarische Abenteuergeschichten aus dem Zweiten Weltkrieg aus Sicht deutscher Wehrmachtssoldaten. Ende der 1950er-Jahre hatten die Hefte eine geschätzte Auflage von etwa 500.000 pro Monat, das sind sechs Millionen Hefte in einem Jahr. Die Auflage sank dann bis zu Beginn der 1980er Jahre deutlich. Seit 1990 stieg die Anzahl der Leser wieder an. Nach Angabe des *Spiegel* betrug die Auflage seit den 1990er Jahren etwa 60.000 pro Heftroman. Erst 2013 wurde nach Kritik des Simon-Wiesenthal-Centers die Heftreihe eingestellt. In der Studie wird genannt, dass Verbrechen absichtlich ignoriert und Soldaten der SS-Division Totenkopf als Helden inszeniert werden. Seit Dezember 2013 gibt es als Nachfolgezeitschrift die *Landser*-Kopie

Weltkrieg. Erlebnisberichte. Die Hefte im Umfang von 64 Seiten erscheinen 14-tägig. Die Handlung in beiden Heftreihen ist trivial, es kämpft das Gute – die Deutschen und ihre Verbündeten – gegen das Böse – die Alliierten, zumeist „der Iwan“. Am Ende siegt das Gute, und in den wenigen Fällen, in denen die Deutschen verlieren, tun sie das ehrenvoll, ritterlich und heldenhaft. „Stil, Form, Aussage und Inhalt der bundesdeutschen Kriegs-Groschenliteratur decken sich auf unheimliche Weise mit dem Stil, der Form, mit der Aussage und mit dem Inhalt der Berichte der sogenannten Propagandakompanien des Großdeutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges – in 50 von 100 Fällen haben sich nicht einmal die Autoren geändert.“ (*Der Spiegel*. Nr. 43, 1959, S. 76) (Wikipedia).

In der DDR hatte das Kinderlied *Kleine weiße Friedenstaube* eine so große Popularität wie eine Nationalhymne. Man kann heute noch in Großveranstaltungen erleben, dass es mit Leidenschaft fehlerfrei von den DDR-stämmigen Teilnehmern gesungen wird. Dies zeugt von der in der DDR bei vielen entstandenen großen Begeisterung für Frieden und ein friedliches Zusammenleben der Völker. Einmalig in der Geschichte ergab sich mit der NVA eine sehr gut ausgebildete und ausgerüstete Armee. Der Generaloberst der NVA Fritz Strelitz erließ 1989 Befehle, die den Einsatz von Schusswaffen und Gewalt gegen Demonstrierende strikt untersagten.

Neben der fehlenden Auseinandersetzung in der ehemaligen BRD mit den Verbrechen des NS-Regimes im eigenen Land fehlte auch weitgehend eine Beschäftigung mit den Verbrechen in anderen Ländern. Eine Ausnahme bilden dabei die Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung. In dem Sammelband *Orte des Grauens* (Ueberschär 2003) sind für 19 Orte die dort begangenen Verbrechen in Kurzform dargestellt. Die Orte liegen in Belorussland, Frankreich, Griechenland, Italien, Litauen, Polen, Serbien, Tschechien und der Ukraine. Sie sind heute überwiegend nationale Gedenkstätten. In der Aufzählung fehlen die zahlreichen Gedenkstätten in Russland an. Die Autoren weisen nach, dass bis auf einige Täter aus Ausschwitz keiner der übrigen in der ehemaligen BRD verfolgt bzw. entsprechend seinen Taten verurteilt wurde.

Bis auf die Gedenkstätte in Auschwitz, die jährlich von hochrangigen Politikern der BRD besucht wurde, hat nach meinen Recherchen bis 1990 nur einmal ein Politiker eine der anderen 18 Gedenkstätten besucht, der erste Bundespräsident Theodor Heuss in Fosse Ardeatina im Jahr 1954. Nach 1990 war es vor allem der Bundespräsident Joachim Gauck, der zu einigen dieser Gedenkstätten fuhr. Es würde das Ansehen Deutschlands in Europa erhöhen, wenn viel häufiger Besuche an diesen Orten deutscher Verbrechen durch hochrangige Politiker stattfänden. Noch bedeutsamer wäre es, wenn auch Jugendliche diese Orte auf ihren Reisen aufsuchen, dort Blumen und Geldspenden hinterlegen und sich in das Gästebuch eintragen. Auf der Seite https://www.gedenkorte-europa.eu/de_de findet man Karten mit diesen und vielen anderen Orten, zu denen es zahlreiche Informationen gibt.

Es gibt eine unverständliche Differenz zwischen der Haltung in Westdeutschland zu den Verbrechen der Nationalsozialisten an der jüdischen und der übrigen Bevölkerung. Für die Verbrechen am jüdischen Volk werden die Verantwortung und das Bekenntnis zur Wiedergutmachung übernommen bis hin zur „Staatsräson“ für Israel. Dies geht bis zur politischen und militärischen Unterstützung Israels für ihre Verbrechen an den palästinensischen und anderen muslimischen Völkern als aktueller Höhepunkt einer Gewaltspirale, die als einer der wenigen vom Ost-Berliner Publizisten Wolfgang Herzberg zutreffend charakterisiert wurde (Herzberg 2026). Warum werden diese Verantwortung und das Bekenntnis zur Wiedergutmachung nicht auch für alle übrigen

Völker Europas übernommen, die unter dem NS-Regime leiden mussten, insbesondere die Sowjetunion, die 24 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte. Warum weigert sich die Bundesregierung die Verbrechen an der Leningrader Bevölkerung als Völkermord anzuerkennen, wie es auch der Historiker Götz Aly für historisch legitim hält (Interview von Nicolas Butylin in der Berliner Zeitung am 27.01.2025).

Wir erleben zurzeit wieder eine Phase der Aufrüstung und Relativierung der Gefahren von Kriegen. In den Medien gibt es eine zunehmende Zahl von kriegsverherrlichenden Beiträgen in Landser-Manier. Es werden nicht die verstümmelten oder zerfetzten Körper von Soldaten gezeigt, von denen es zehntausende gibt, sondern nur die Zerstörung von russischen Waffen. Bei Diskussionen zum Vergleich von heutigen Entwicklungen mit denen von 1932 wird oft übersehen, dass ein wesentlicher Grund für den Erfolg der Nationalsozialisten die Einlösung ihres sozialen Versprechens war, nach der Weltwirtschaftskrise wieder für mehr Arbeit und Wohlstand der Bevölkerung zu sorgen, was ihnen vor allem durch den massiven Ausbau der Rüstungsindustrie gelang. Heute erfolgt die Aufrüstung nicht auf Betreiben einer rechtsextremen Partei, sondern durch die Bundesregierung. So freut sich der SPD-Bürgermeister von Bremen, dass ihm sein SPD-Genosse, der Verteidigungsminister Boris Pistorius, mit 1,35 Milliarden Euro die mit Abstand höchste Förderung des Bundes für sein Land überreicht. Das Geld soll nicht etwa für den massiven Ausbau der Forschungen an der Universität Bremen oder die Förderung der vorbildlichen Inklusion an Bremer Schulen eingesetzt werden, sondern zum Aufbau eines NATO-Drehkreuzes in Bremerhaven und damit zur Schaffung vieler Arbeitsplätze im militärischen Bereich.

Unterschiede in Einstellungen zu sowjetischen und speziell russischen Menschen

Die Politik benötigt zur Motivation des Volkes für die Aufrüstung einen Feind. Dieser ist heute erneut „Russland“, das aktuell einen zu verurteilenden, aber mit westlicher Unterstützung provozierten Krieg gegen eine ethnisch verwandte ehemalige Sowjetrepublik führt. Bereits bei der Vorbereitung des 1. Weltkrieges hat Kaiser Wilhelm II. die angebliche russische Gefahr als Hauptargument verwendet, um die Sozialdemokraten zur Zustimmung zu den Kriegskrediten zu bewegen (Traub 2013). In der NS-Zeit war der Kampf gegen den Bolschewismus ein Hauptmotiv der Kriegshysterie. In der ehemaligen BRD wurde diese Russophobie weiter gepflegt. In mehreren Beiträgen im Internet habe ich die Formulierung gefunden, dass in der ehemaligen BRD „der Russenhass mit der Muttermilch eingesogen“ wurde.

Ein prägnantes Beispiel für die russophoben Einstellungen von Historikern ist das angebliche Massaker von Nemmersdorf, das in der ehemaligen BRD als Symbol für Verbrechen der Roten Armee gegen die deutsche Bevölkerung diente. Die von der Goebbels-Propaganda inszenierten Darstellungen und internationalen Untersuchungen waren einer der Gründe für die damit geschürte Russenangst und die panische Flucht vor der anrückenden Roten Armee. Selbst als in den fünfziger Jahren weitere absurde Berichte über angebliche Verbrechen auftauchten, gab es keine Untersuchungen bundesdeutscher Historiker. Erst der aus der DDR stammende Autor Bernhard Fisch, der 1944 zufällig selbst am Ort des Geschehens vor Eintreffen des Propagandaapparates der SS war und keine Toten auf den Straßen gesehen hatte, legte nach intensiven Recherchen 1997 einen umfassenden Bericht zu diesem bedeutenden historischen Ereignis vor, in dem er die Nazipropaganda widerlegte (Fisch 2003). Trotz dieser unleugbaren Tatsachen wird noch heute von zahlreichen Historikern Nemmersdorf als das „am besten dokumentiertes Zeugnis der Verbrechen der Roten Armee“ bezeichnet. Die Historiker Eva und Hans-Henning Hahn haben dafür eine Reihe von Belegen angegeben (Hahn und Hahn 2010, S. 52–64). Ein extremes Beispiel ist

Hubertus Knabe, der 2005 in seinem Buch *Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland* angab, dass vor den Häusern und den Höfen massenhaft tote Zivilisten lagen, ein Flüchtlingstreck von Panzern regelrecht überrollt worden war und an einen Leiterwagen vier nackte Frauen in gekreuzigter Stellung durch die Hände genagelt waren." (Knabe 2005, S. 39). Die Arbeit von Fisch disqualifiziert er als Zweifel an den Darstellungen. Es gibt Hinweise darauf, dass die Ereignisse in Butscha wie im Fall Nemmersdorf mit dem Ziel der Verunglimpfung der russischen Armee inszeniert wurden, was in den „Leitmedien" keine Erwähnung findet.

Ein weiteres Beispiel ist der Forschungsbericht des Historikers Dr. Sens, Mitarbeiter des gebürtigen Westdeutschen Prof. Creuzberger, zu den Ereignissen in Güstrows im Mai 1945. Als einzige Begründung für die massenhaften Suizide und erweiterten Suiziden Anfang Mai führt er an, dass die Güstrower Bürger die Einheiten der Roten Armee „als ‚graue' schwer zu differenzierende Masse, mit einer unverständlichen Sprache, merkwürdigen, fremden Gepflogenheit und Verhaltensweisen sowie im Besitz der Macht (Gewalt)" ansahen. Nach seinen Worten bedurfte es „keiner nationalsozialistischen Indoktrination, um die habituelle Vielfalt der sowjetischen Ethnien als graue Masse erscheinen zu lassen" (Sens 2019, S. 16–17). Auf die Idee einer Betrachtung der Geschichte vor dem Mai 1945 ist er offensichtlich nicht gekommen. Nach zahlreichen kritischen Äußerungen aus der Bevölkerung hat die Stadtvertretung Güstrow es abgelehnt, den Bericht, für den sie 63.000 € aus ihrem Haushalt ausgegeben hatte, wie geplant als Buch zu veröffentlichen.

Eine der größten humanistischen Leistungen der DDR ist für mich, dass es schrittweise gelang, durch viele Begegnungen auf der persönlichen, wirtschaftlichen oder kulturellen Ebene ein positives, freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion und ihren Bürgern herzustellen. Die Arbeit von Jugendbrigaden an der Erdöltrasse „Druschba" war für alle Beteiligten ein unvergessliches Erlebnis. Die heutige Diffamierung dieser entstandenen Völkerfreundschaft ist unerträglich.

Unterschiede in den Einstellungen zu sozialistischen Ideen

Stefan Creuzberger und Dierk Hoffmann schreiben in ihrem Sammelband zu Antikommunismus und politischer Kultur in der frühen Bundesrepublik (Creuzberger und Hoffmann 2014): „In der Bundesrepublik erlebte der Antikommunismus ... eine neue und besondere Ausprägung ..." Er fügte sich „nahtlos in das von den Vereinigten Staaten während der Hochphase des Kalten Krieges praktizierte strategische Konzept von *Roll Back* und *Liberation Policy"* ein und hatte eine „wichtige identitätsstiftende Wirkung, die nachhaltig die politische Kultur der jungen Bonner Republik prägen sollte." Diese antikommunistische Grundhaltung ist tief im Denken der gebürtigen Westdeutschen, insbesondere der Politiker verankert und eine Hauptquelle ihrer Missachtung gebürtiger Ostdeutscher.

In der DDR hatte die Mehrzahl der Bürger eine positive Einstellung zu den Grundideen einer antikapitalistischen Gesellschaftsordnung trotz vieler Kritik an erstarrten Herrschaftsformen, rigider Sprachpolitik, Angst vor kritischen Äußerungen und den vielen sinnlosen Aktivitäten des Staatssicherheitsdienstes, die einige Bürger erheblich in ihrem Leben beeinträchtigten. Aber selbst die davon besonders betroffenen Bürgerrechtler setzten sich 1990 am Ende der DDR zunächst für eine Erneuerung des Sozialismus ein und übernahmen erst später das Ansinnen ihrer westlichen Förderer einer Einordnung in das System der BRD. Dies stellt auch Roth fest, der der Meinung ist, dass „der Osten seit 1990 von Beginn an Kolonie war" (Roth 2026, S. 89). Für ihn war es ein großer Fehler, dass in der Wendezeit „keine ernstzunehmende öffentliche Auseinandersetzung mit der Frage stattfand: Welches Deutschland entsteht da eigentlich – und welches würden wir gerne

werden?“ (Roth 2026, S. 126). „Für die absolute Mehrheit der in der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung Aktiven … war dieses Land, das da verhandelt wurde, zu keinem Zeitpunkt ein geeintes Deutschland nach westdeutschem Format gewesen, sondern daraus sollte immer eine ökologisch, demokratisch und rechtsstaatlich reformierte, weiterhin sozialistische, aber schlicht *bessere* DDR werden“ (Roth 2026, S. 130).

Abschließende Bemerkungen

Die zahlreichen Beispiele zeigen, dass es viele Möglichkeiten und auch Gründe gibt über den Westen zu sprechen. Es wird deutlich, dass Gefühle der Überlegenheit der Westdeutschen und ein damit verbundenes selbstherrliches Auftreten in vielen Beziehungen nicht gerechtfertigt sind. Die Ostdeutschen haben in vielen Fragen allen Grund, auf gravierende Probleme in den Auffassungen ihrer westdeutschen Mitbürger und in der Geschichte der ehemaligen BRD hinzuweisen vor dem Hintergrund der Auffassungen und Verhaltensweisen der Menschen in der DDR. Dies kann zu einer von Roth angemahnten grundlegenden Änderung des Ost-West-Diskurses führen. Voraussetzung ist die Bereitschaft und Fähigkeit der Westdeutschen zur Selbstreflexion. Die Notwendigkeit dieses Wechsels in der Kommunikationsstruktur ergibt sich nicht nur aus Gründen der Herstellung der deutschen Einheit, sondern auch zur Bewältigung zweier aktueller Probleme des Landes. Es geht zum einen darum, sich den kriegerischen Ambitionen der politischen Führung entgegenzustellen, um einen Krieg mit Russland zu verhindern. Zum anderen sind durch den Aufschwung der AfD Spannungen im politischen Gefüge des Landes entstanden, die eine Gefahr für ein demokratisches Miteinander darstellen. Die erheblichen Anstrengungen, die viele Parteien im Kampf gegen die AfD unternehmen, deren Anhänger sie teilweise in völlig unhistorischer Weise als Nazis diffamieren, lenken diese Parteien von den beiden aktuellen Hautproblemen ab. Nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ scheint die Rechnung erneut für die Herrschenden aufzugehen. Wenn sich der Osten nicht spalten lässt und mit einer Stimme mit dem Westen spricht, wäre es möglich, auch ohne westdeutsche „Diskurseliten“ den Diskurs umzukehren und sich mit westdeutschen Friedenskräften dem zentralen Problem der Verhinderung eines Krieges zuzuwenden.

Literaturverzeichnis

Conze, Eckart; Frei, Norbert; Hayes, Peter; Tsimerman, Mosheh; Weinke, Annette (Hg.) (2010): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. 1. Aufl. München: Blessing.

Creuzberger, Stefan; Hoffmann, Dierk (Hg.) (2014): "Geistige Gefahr" und "Immunisierung der Gesellschaft". Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik. München: DE GRUYTER (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer).

Fisch, Bernhard (2003): Nemmersdorf 1944 - nach wie vor ungeklärt. In: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Darmstadt: Wiss. Buchges, S. 155–167.

Hahn, Hans-Henning; Hahn, Eva (2010): Die Vertreibung Im Deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. 1st ed. Paderborn: BRILL (Schöningh and Fink History).

Haller, Reinhard (2024): Die Macht der Kränkung. 13. Auflage 2024. Wals bei Salzburg: Ecowin.

Herzberg, Wolfgang (2026): Nationalismus befeuert die Gewaltspirale: Israel ist ein koloniales Projekt. In: Berliner Zeitung, 31.10.2026. Online verfügbar unter https://www.berliner-zeitung.de/article/nationalismus-befeuert-die-gewaltspirale-israel-ist-ein-koloniales-projekt-10548389.

Klee, Ernst (2024): Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. 6., aktualisierte Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch (Die Zeit des Nationalsozialismus eine Buchreihe, 16048).

Knabe, Hubertus (2005): Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland. Berlin: Propyläen-Verl.

Lorent, Hans-Peter de (2016): Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz. Band 1. 3 Bände. Hamburg: Landeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2016/60978/.

Lorent, Hans-Peter de (2017): Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz. Band 2. Unter Mitarbeit von Rita Bake, Joachim Szodrzynski, Andrea Orth und Ties Rabe. 3 Bände. Hamburg: Landeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2018/76241/.

Lorent, Hans-Peter de (2019): Täterprofile. Die Verantwortlichen im Hamburger Bildungswesen unterm Hakenkreuz. Band 3. 3 Bände. Hg. v. Rita Bake. Hamburg: Landeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2021/114877/.

Nationalrat der Nationale Front der DDR (Hg.) (1965): Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik ; Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft. Berlin: Staatsverlag der DDR.

Roth, Kersten Sven (2026): Ostdeutsch? Westdeutsch? Missverständnis! Warum wir eine andere Debatte brauchen Kersten Sven Roth. Berlin: Frank & Timme.

Schulze, Ingo (2012): Unsere schönen neuen Kleider. Gegen die marktkonforme Demokratie, für demokratiekonforme Märkte. München: Hanser Berlin.

Sens, Ingo (2019): Abschlussbericht über die Ergebnisse des Projektes „Die kampflose Übergabe Güstrows“. Rostock. Online verfügbar unter https://www.guestrow.de/stadt-kultur-politik/stadt/geschichte/forschungsprojekt-die-kampflose-uebergabe-guestrows-im-jahr-1945, zuletzt geprüft am 27.12.2025.

Storost, Ursula (2019): Lehrer unterm Hakenkreuz. Welche Einblicke liefern Hans-Peter de Lorents „Täterprofile“? Deutschlandfunk, 26.09.2019. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/lehrer-unterm-hakenkreuz-welche-einblicke-liefern-hans-100.html.

Traub, Rainer (2013): Kriegskredite 1914 Der Sündenfall der SPD. Hg. v. spiegel-online. Online verfügbar unter https://www.spiegel.de/geschichte/spd-im-ersten-weltkrieg-wie-es-zur-kriegskredite-zustimmung-kam-a-976886.html.

Ueberschär, Gerd R. (Hg.) (2003): Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Darmstadt: Wiss. Buchges.

Weinke, Annette (2002): Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949 - 1969 oder: eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg. Zugl.: Potsdam, Univ., Diss., 2001. Paderborn, München: Schöningh. Online verfügbar unter https://mdz-nbn-resolving.de/bsb00045087.